

LINKS SEIN IM 21. JAHR HUNDERT —

Petra Pau

INHALT

Prolog	3
Zweieinhalb Systeme	5
Das Scheitern der DDR	9
Linke Klassiker	13
Marx kontra Marx	17
Soziale und Freiheitsrechte	21
Generationen-Manifest	25
Wirtschaft und Gesellschaft	29
Solar und digital	33
Konturen einer vierten Revolution	37
Digitales und Demokratie	41
Revolution, Reformation, Transformation	45
Alternative Visionen	49
Mein Fazit	53

PRO- LOG _____

Auslöser für folgende Überlegungen war die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Ich möge als Referentin an einer Veranstaltungsreihe «Von der DDR über den Mauerfall zu Deutschland einig Vaterland – eine Erfolgsgeschichte?!» teilnehmen. Als weitere Gesprächspartnerinnen bzw. -partner dieser Serie sollten unter anderen Hubertus Knaube (damals Direktor der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen), Marianne Birthler (ehemals Bundesbeauftragte der Stasi-Unterlagen-Behörde) sowie Markus Meckel (letzter Außenminister der DDR) ihre Sicht darstellen. Ich sagte ab. Denn die Absicht der Veranstalter schien mir klar. Das Fragezeichen sollte verschwinden, das Ausrufezeichen erhärtet werden. Sehr sim-

pel, arg brotlos. Drei Wochen später wiederholte die Landeszentrale ihre Anfrage. Ich sagte erneut Nein. Doch die Landeszentrale ließ nicht nach. Der Titel der Reihe sei nur die Oberüberschrift, schrieb sie. Mein Thema könne ich natürlich selbst bestimmen. Nun sagte ich zu. «Links sein im 21. Jahrhundert» sei mein Angebot. Denn diese Frage beschäftigte mich schon länger und bewegt mich weiterhin. Also fuhr ich in den Südwesten nach Freiburg. Was ich wollte, das wusste ich wohl. Aber was erwarteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Abends? Und wen könnte das Thema überhaupt interessieren? Als ich in den Vorlesungssaal der Uni kam, war ich überrascht. Die örtliche Presse schrieb von 200 Teilnehmenden. Die meisten wohl Studierende, zwei Dutzend waren aber auch reiferen Alters, womöglich auf der Sinnsuche nach ihrem dritten linken Leben.

Es war ein bewegter Abend, so wie später in Greifswald, Trier und Rostock auch. Es ging nicht um Unsägliches aus der Vergangenheit, sondern um eine soziale, gerechte und friedfertige Zukunft, die offenbar nicht nur mir auf der Seele brennt. In einem neuen Jahrhundert. Einem entscheidenden!

ZWEI- EINHALB SYSTEME- ME

2017 hatte ich meinen Halbe-Halbe-Tag. Vorher wusste ich auch nicht, was das sein soll. Aber ein Freund hatte für mich gerechnet. Am 6. September war ich genauso lange Bürgerin der Bundesrepublik Deutschland, wie ich vordem Bürgerin der DDR gewesen war, also halbe-halbe. Derweil habe ich sogar zweieinhalb politische Systeme erlebt: den real existierenden Sozialismus der DDR, den real existierenden Kapi-

talismus der BRD und dazwischen als Ostdeutsche eine kurze, rasante, bewegende Zeit. Die einen nennen sie Wende, andere Revolution, wenige Alt-Linke auch Konterrevolution. Diese Erfahrung hat mich fortan sehr geprägt.

Es war eine Zeit, in der politische Belange öffentlich ausgehandelt wurden, in der Bewegung in scheinbar unverrückbare Machtverhältnisse kam, in der Journalistinnen und Journalisten ihre gewonnene Freiheit in den Dienst der Aufklärung stellten, in der die Opposition regierte und die Regierung opponierte, in der die Bürgerschaft sehr engagiert war, in der das Politische Hoch-Zeit feierte. Der «Runde Tisch» ist dafür synonym. Nein, das war kein System, das war gelebte Demokratie. Das alles fand kurioserweise mit der ersten freien, gleichen und geheimen Wahl zu DDR-Zeiten, mit der Volkskammerwahl am 18. März 1990, ein abruptes Ende. Der moderne Verfassungsentwurf des Runden Tisches zum Beispiel wurde danach von der Ost-CDU ignoriert, weil die West-CDU ihn nicht wollte. Bei der SPD war es ebenso. In dem Entwurf standen übrigens höchst aktuelle Passagen. Zum Beispiel Artikel 8: «Jeder hat das Recht an seinen persönlichen Daten und auf Einsicht in ihn betreffende Akten und Dateien. Ohne freiwillig

lige und ausdrückliche Zustimmung des Berechtigten dürfen persönliche Daten nicht erhoben, gespeichert, verwendet, verarbeitet oder weitergegeben werden.» Oder Artikel 43: «Die Staatsflagge [...] trägt die Farben Schwarz-Rot-Gold. Das Wappen des Staates ist die Darstellung des Mottos «Schwerter zu Pflugscharen.»¹

Datenschutz, Abrüstung, soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie – diese Verfassung war als Mitgift des Runden Tisches der DDR für ein neues Deutschland gedacht. Ein bürgerrechtliches Drängen, das Erinnerung verdient. Bei den üblichen und offiziellen Rückblicken auf das Ende der DDR und die deutsche Einheit wird dies tunlichst ausgeblendet. Warum wohl?

¹ Arbeitsgruppe «Neue Verfassung der DDR» des Runden Tisches: Entwurf Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1990, unter: www.documentarchiv.de/ddr/1990/ddr-verfassungsentwurf_runder-tisch.html#45.

DAS SCHEI- TERN DER DDR —

Nach dem Ende der DDR frohlockte der damalige Sozialminister der Bundesrepublik Deutschland Norbert Blüm (CDU): «Marx ist tot, Jesus lebt!» Den Zusammenbruch der Sowjetunion kommentierte der US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama als

«Ende der Geschichte». Beiden widerspreche ich vehement: dem ersten aus Überzeugung, dem zweiten aus Hoffnung und beiden als Linke. Aber dazu später. 1989/90 implodierte die DDR, mehr noch, das gesamte sozialistische Lager sowjetischer Prägung. Damit endete eine historische Epoche, die mit der Oktoberrevolution 1917 in Russland begann und später bis zu einem Drittel der Erde umspannte. Einmal ausgeblendet, wer wie von außen zu diesem Absturz beigetragen hat – irgendwann öffnen sich auch westliche Geheimarchive –, der Sozialismus sowjetischer Prägung scheiterte vor allem an seiner eigenen Unterlegenheit; jedenfalls verglichen mit den führenden kapitalistischen Ländern. Dabei waren die politischen und wirtschaftlichen Strukturen, die zum finalen Aus führten, kein Zufall. Theoretisch fußten sie auf Interpretationen von Karl Marx und Wladimir Iljitsch Lenin. Es brach also kein irgendwie schlecht gemachtes Experiment zusammen, sondern ein vermeintlich wissenschaftlich fundiertes System.

Ich war Teil dieses Systems und ich dachte lange in seinem Sinne. Dazu gehörte das Engagement für soziale Gerechtigkeit und für Frieden weltweit; auch als linke Lehre aus der Barbarei des Faschismus, allemal in Deutschland. Insofern barst 1989/90 auch diese

DDR-Hoffnung. Rückblickend sehe ich drei Gründe für das Scheitern des real existierenden Sozialismus.

Erstens war er wirtschaftlich nicht in der Lage, mit den führenden kapitalistischen Unternehmen Schritt zu halten, geschweige denn, eine höhere Produktivität zu entwickeln. Das aber wäre nach einer zentralen Prämisse von Karl Marx unabdingbar gewesen. Zweitens wurden verbriefte Bürgerrechte sowie Grundregeln der Demokratie einer vermeintlich besseren Sache wegen zurück- oder ausgesetzt. Das war letztlich ein Rückfall hinter Forderungen der Französischen Revolution von 1789. Drittens lief das Konzept der «führenden Rolle einer Partei» und der «Einheit und Geschlossenheit» seiner Mitglieder gesellschaftlich auf Überwachung und Maßregelungen hinaus. Dies wiederum blockierte Vielfalt und mithin lebendige Entwicklungen.

Das Resultat ist bekannt: Immer weniger Menschen folgten den sozialistischen Verheißungen, immer mehr protestierten dagegen. War Marx deshalb wirklich tot und das Ende der Geschichte erreicht?

LINKE KLASSI- KER —

Nein! Ich bin davon überzeugt, dass sich weder die wissenschaftliche Analyse von Karl Marx noch linke Politik erledigt haben. Im Gegenteil! Was sind die drängenden Probleme, die uns umtreiben sollten?

1. Die soziale Frage feiert schlimme Urstände. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher.
2. Die große Utopie der Freiheit für alle rückt für immer mehr Menschen in weite Ferne, auch weil ihnen die soziale Basis dafür verwehrt wird.

3. Die Friedensfrage gerät zunehmend ins Abseits. Kriege toben, atomare drohen.

4. Die ökologische Frage drängt auf eine globale Lösung. Der Club of Rome hatte sie bereits vor einem halben Jahrhundert aufgerufen.

5. Die Demokratie, die westliche Vorzeigeflagge, wird durch denselben Westen politisch vielfach und höchst bedrohlich attackiert.

6. Bürgerrechte, grundgesetzlich und völkerrechtlich verbrieft, werden zunehmend einer vermeintlichen Sicherheit geopfert.

7. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau, von hier Geborenen und hier Lebenden, von Menschen mit und ohne Behinderungen usw. lahmt.

Ich nenne diese Punkte die klassischen Sieben der Linken. Sie sind unerfüllt.

Sollte dies also das Ende der Geschichte sein, wie von Francis Fukuyama prophezeit, so wäre es eine schlechte Geschichte und ein schlechtes Ende. Viel mehr stimme ich sogar mit Papst Franziskus überein. Er bezeichnete jüngst den Kapitalismus als unerträglich. Und er kritisierte: «Das Wirtschaftssystem sollte im Dienst der Menschen stehen. Aber wir haben das Geld in den Mittelpunkt gerückt, das Geld als Gott!»² Oder wie Frank Schirrmacher (1959–2014) im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* über bürgerliche Werte und die Krisen schrieb: «Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat.»³

2 Franziskus bezeichnet Kapitalismus als unerträglich, in: Die Zeit, 13.6.2014, unter: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-06/papst-franziskus-kapitalismuskritik. **3** Schirrmacher, Frank: «Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat», in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.8.2011, unter: www.faz.net/aktuell/feuilleton/buergerliche-werte-ich-beginne-zu-glauben-dass-die-linke-recht-hat-11106162.html.

MARX KONTRA MARX —

Zurück zu Marx: 2008 warnte der damalige Bischof Reinhard Marx in einem Buch vor einem ungebändigten Kapitalismus. Er nannte sein Werk in werbewirksamer Anspielung auf Karl Marx «Das Kapital».⁴ Das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik bat mich um einen Kommentar dazu. Er erschien unter der Überschrift «Marx kontra Marx – Kapital oder Staat».⁵ Dass «Jesus lebt», darf man bei einem Repräsentanten

4 Marx, Reinhard (2008): Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen, Frankfurt a. M. **5** Pau, Petra: Marx kontra Marx – Kapital oder Staat, in: Jahresbericht des Berliner Instituts für christliche Ethik und Politik, 2011, S. 9–10.

der christlichen Kirche voraussetzen. Dass Karl Marx tot ist, glaubte bei aller Distanz selbst Reinhard Marx nicht. Er befürchtet vielmehr dessen Renaissance.

2010 war eine Krisen-Hoch-Zeit. «Das Kapital» von Bischof Reinhold Marx wurde damals zum Bestseller. Zugleich meldeten Buchhändler einen Ansturm auf Werke von Karl Marx. 20 Jahre zuvor hatte dies ganz anders ausgesehen. Viele DDR-Bürger «säuberten» ihre Bücherregale. Der Schauspieler Peter Sodann sprach von der größten Büchervernichtung in der deutschen Geschichte. Karl Marx gehörte zu den Opfern. Abgesehen von dem kulturellen Frevel: Karl Marx wurde von vielen für das Scheitern der SED-Politik in Haft genommen, weil die SED zuvor Karl Marx für ihre Politik verhaftet hatte. Das hatte er nicht verdient.

Deshalb dazu drei bleibende Stichpunkte:

1. Karl Marx hatte das Kapital nicht – wie heutzutage üblich – als Heilsbringer hofiert, sondern als Herrschaftsverhältnis kritisiert.
2. Davon abgeleitet bleibt für Linke die gerechtere Umverteilung von Reichtum und Macht eine zentrale politische Frage.

3. Die damit verbundene Eigentumsfrage ist nicht aus der Welt. «Eigentum verpflichtet», heißt es auch im Grundgesetz, allerdings folgenlos.

Um alle drei Fragen machen inzwischen alle im Bundestag vertretenen Parteien einen großen Bogen, ausgenommen DIE LINKE.

Deshalb bewegt mich auch eine Überlegung von Wolfgang Fritz Haug. Er gilt international als Karl-Marx-Kenner. Nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Sozialismus gab er 1999 in seinem Buch «Politisch richtig oder richtig politisch» zu bedenken: «Links ist alles Handeln, das Welt aus dem Reich des Privateigentums zurückgewinnt, ohne sie dem Reich des Staatsapparats auszuliefern.»⁶ Dem Kapital nehmen, ohne es dem Staat zu geben, diesen Gedanken lasse ich erst einmal mit einem Fragezeichen stehen.

⁶ Haug, Wolfgang Fritz: Politisch richtig oder richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus, Hamburg 1999, S. 14.

SOZIALE UND FREI- HEITS- RECHTE _

1998 wurde ich überraschend in den Bundestag gewählt. Obwohl ich studierte Pädagogin mit Zusatzfach Kunsterziehung bin, entschied ich mich für die Innenpolitik. Das hatte einen politischen Grund. Meine zentrale Lehre aus dem Scheitern der

DDR war und ist: Soziale Gerechtigkeit, Bürger- und Freiheitsrechte dürfen nie mehr hierarchisiert oder gegeneinander ausgespielt werden, schon gar nicht durch Linke. Genau das aber geschah in der DDR. Und es geschieht im vereinten Deutschland wieder. Beide Grundgesetzsansprüche, der nach sozialer Gerechtigkeit und der nach verbrieften Bürgerrechten, taumeln.

Später überlagerten die terroristischen Anschläge in den USA am 11. September 2001 alles. Seither werden immer mehr Bürgerrechte preisgegeben, während Geheimdienste allerorten hochgerüstet werden. Namhafte Bürgerrechtlerinnen und -rechtler aus DDR-Zeiten veröffentlichten daraufhin im Dezember 2001 einen Appell, überschrieben mit «Wir haben es satt!».⁷ Viele der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner wurden für ihr mutiges Engagement in der DDR später durch die Bundesrepublik mit dem Nationalpreis, dem Georg-Büchner-Preis oder dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. 2001 schrieben sie: «Wir hatten erwartet, dass nach dem En-

7 Pflugbeil, Sebastian u. a.: Wir haben es satt. Aufruf von ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern zur Politik der rot-grünen Regierung, in: Der Freitag, 12.12.2001, unter: www.freitag.de/autoren/der-freitag/wir-haben-es-satt.

de des Kalten Krieges auch die westlichen Geheimdienste abrüsten. Keiner von uns hat jedoch damit gerechnet, dass nach Beendigung des Kalten Krieges die Telefonabhöraktivitäten steil ansteigen, dass die von uns abgerissenen Stasi-Videokameras nur durch neue ersetzt werden.» Und weiter: «War denn alles umsonst? Wir wissen, wohin so was führt. Keiner von uns hat damit gerechnet, dass ein schrecklicher Terroranschlag in den USA zum Anlass genommen werden könnte, scheinbar unumstößliche Maßstäbe von Recht und Gerechtigkeitsgefühl in der ganzen westlichen Welt ins Rutschen zu bringen.» Diese Bürgerrechtler, übrigens ohne das abschließende Vorwort «ehemalige», werden in den großen Medien nicht mehr erwähnt, auch zu runden Jahrestagen nicht. Umso mehr haben sie meinen Respekt.

GENERA- TIONEN- MANI- FEST

Vor der Bundestagswahl 2017 wurde ein Mahnruf öffentlich. Er trägt den Titel «Generationen-Manifest».⁸ Aufgesetzt wurde es von Journalisten und Juristen, von Unternehmern und Wissenschaftlern, von Künstlern, Bürgerrechtlern und vielen weiteren engagierten Frauen und Männern.

⁸ Das Generationen-Manifest, unter: www.generationenmanifest.de.

Die zentrale Botschaft: Lange galt die Annahme, dass es künftigen Generationen besser gehen werde. Nun aber drohen den nächsten Generationen Bürden, die sie nicht mehr schultern können, wenn wir jetzt nicht radikal umsteuern. Das ist die Eingangswarnung des Appells. Es folgen zehn Punkte, formal an die Bundesregierung gerichtet, aber real betreffen sie die Gesellschaft, also uns alle. Ich greife drei davon in verkürzter Fassung auf:

Stichwort Frieden: «Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine endgültige Abschaffung aller Atomwaffen einzusetzen und ein Ende des Exports von Kriegswaffen in Spannungsgebiete zu beschließen.»

Stichwort Gerechtigkeit: Wir fordern «ein gerechtes Steuersystem, mit Vermögens-, Erbschafts- und Finanztransaktionssteuern [...] sowie eine ernsthafte Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen».

Stichwort Digitalisierung: «Wir brauchen eine digitale Charta und eine supranationale Institution, die Regeln setzen [...] für die Nutzung persönlicher Daten [und] die Strafbewehrung digitaler Verbrechen.»

Natürlich verwies das Manifest auch auf die drohende Klimakatastrophe. Ein Jahr später nahm sich die junge Schwedin Greta Thunberg dieser Sorge an. Im März 2019 forderten geschätzt eine Million Schülerinnen und Schüler weltweit unter dem Motto «Fridays for Future» radikale Lösungen. Gut so!

Die deutschen Kommentare auf das Generationen-Manifest waren übrigens durchaus widersprüchlich, manche auch boshaft. Ich habe es als Linke dennoch sofort unterschrieben, denn die zehn Thesen zeigen zweierlei: Sollte es tatsächlich ein Ende der Geschichte geben, dann durch die Unfähigkeit des Kapitalismus, mit Blick auf die Zukunft menschlich zu agieren. Und sollte es alternative Lösungen geben, dann bedarf es dazu wohl auch einer Rückbesinnung auf Karl Marx.

WIRT- SCHAFT UND GESELL- SCHAFT_

Eingangs habe ich zum gescheiterten Sozialismusversuch gesagt: «Er war wirtschaftlich nicht in der Lage, mit den führenden kapitalistischen Unternehmen Schritt zu halten, geschweige denn, eine höhere Produktivität zu entwickeln.» Und ich habe hin-

zugefügt: «Das aber wäre nach einer zentralen Prämisse von Karl Marx unabdingbar gewesen.» Der hatte in seiner «Kritik der politischen Ökonomie» gemeint: «Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist [...]» Und weiter: «[...] neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind».⁹ Einfach übersetzt: Daran gemessen und rückblickend waren die materiellen Verhältnisse weder 1917 noch 1945 und auch nicht 1990 reif für einen Sozialismus, der über den Kapitalismus hinausreicht. Alles andere war Wunschdenken.

Doch nun steht die Frage: Hat die kapitalistische Gesellschaft womöglich inzwischen etwas ausgebrütet, was über sie hinausweist? Ernstzunehmende Theorien unterstellen: Es waren immer zwei materielle Innovationen, zwei technologische Revolutionen, die eine neue gesellschaftliche Entwicklung ermöglichten: bis dato nicht gekannte Möglichkeiten, Energien zu nutzen sowie völlig neue, weiter rei-

⁹ Marx, Karl: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx Engels Werke Bd. 13, Berlin 2015 12. Aufl., S. 9.

chende Formen der Kommunikation. Ohne die Erfindung der Dampfmaschine (später der Petrol- und Elektroenergie) und ohne die Telegrafie (später Telefon, Radio und Fernsehen) wäre die Entwicklung zum Kapitalismus nicht möglich gewesen.

SOLAR UND DIGITAL_

Nehmen wir einmal an, diese These stimmt, dann drängen sich spannende Fragen auf: Könnte es sein, dass die Solaroption und das Internet miteinander eine solche gesellschaftliche Sprengkraft entfalten, wie seinerzeit die Dampfenergie und die Telegrafie? Und dass beiden ein Potenzial innewohnt, das über den Kapitalismus hinausweist und neue gesellschaftliche Chancen eröffnen könnte? Natürlich nicht automatisch. Das bedarf politischer Kämpfe. Namhafte Wissenschaftler stützen diese Annahme. Zu ihnen gehört aus meiner Sicht der US-amerikanische Gesellschaftstheoretiker

Jeremy Rifkin. Er spricht von einer neuen industriellen Revolution, weg von profitorientierten Monopolen hin zu gemeinwohlorientierten Unternehmen. Hermann Scheer, der vorerst letzte Visionär der SPD, ging noch weiter. Der weltweit anerkannte Solarexperte (1944–2010) sah in den neuen revolutionären Technologien sogar Grundlagen für einen demokratischen Sozialismus. Ich empfehle diverse Bücher beider.

Angenommen, sie hätten recht, dann hätte das natürlich grundlegende Konsequenzen für Linke im 21. Jahrhundert. Denn das würde bedeuten: Erstens reicht soziales Engagement gestützt auf die klassische Umverteilung von Reichtum nicht aus, es greift zu kurz. Zweitens brauchen Linke neue, zeitgemäße Solar- und Digitalkompetenzen – aus sozialen, ökologischen und demokratischen Gründen.

Daher ist meine zentrale These: Rote müssen im 21. Jahrhundert zugleich Grüne und Piraten sein. Nur so kann aus dem nötigen Kontra zum Bestehenden ein werbendes Pro für Neues werden – bündnis- und mehrheitsfähig.

Übrigens: Wenn ich bis hierhin über «Links sein im 21. Jahrhundert» sprach, dann immer über vielfäl-

tige Akteure und Bewegungen, die sich vernetzen und bestärken. Dass ich bei alledem auch Ansprüche an die Partei DIE LINKE mitdenke, sollte gleichwohl nicht verwundern.

Natürlich ergibt sich noch keine neue Gesellschaft, nur weil man die revolutionären Potenziale einer Solarwende und der Digitalisierung zusammendenkt. Was gleichwohl allein schon Zündstoff birgt. Ich deute das am Beispiel Energiewende nur kurz an. Hierzulande scheint es parteiübergreifend Konsens zu sein, dass das unbeherrschbare Atomzeitalter beendet werden muss. Für fossile Energieträger gilt nur noch eine Restlaufzeit. In absehbarer Zeit brauchen wir deshalb 100 Prozent Solarenergie.

Gleichwohl gibt es zur Umsetzung zwei widerstrebende Strategien: Die eine: Das Gros der Alternativenergie wird aus Offshore-Windparks in der Nordsee oder aus riesigen Solarfeldern in Nordafrika geliefert. Die andere: Die Solarenergie speist sich vor allem aus dezentralen Anlagen, wird also vor Ort produziert – Sonne, Wind, Wasser, Biomasse usw.

Die erste Strategie mit Riesenwindparks, Riesensolarflächen und Riesenenergiestrassen würde die Mono-

polmacht der großen Konzerne neu begründen, also mehr Profit und weniger Demokratie. Die zweite Strategie entspräche der Idee von Wolfgang Fritz Haug: «Welt aus dem Reich des Privateigentums zurückgewinnen, ohne sie dem Reich des Staatsapparats auszuliefern.» Das war auch Hermann Scheers Ansatz. Die Solarwende würde so zur Eigentumswende zugunsten von Kommunen oder Genossenschaften. Die Konsumenten würden zu Produzenten und umgekehrt, ergo weniger Profit, mehr Demokratie!

Und das betrifft nicht nur die Energie. In China wurde bereits ein Mehretagenhaus per 3-D-Drucker produziert. Der 3-D-Druck wiederum ermöglicht dezentrale Produktionsweisen wovon auch immer. Rifkin spricht von «Prosumenten» in Gemeinschaften, von Konsumenten, die zugleich Produzenten sind, und umgekehrt. In der Energiefrage fördern die EU und die entsprechenden Regierungen bislang eher die Profitoption, die Linke hingegen die Demokratioption.



KONTU- REN EINER VIERTEN REVOLU- TION —

Zwei neue Schlüsseltechnologien ermöglichen im 21. Jahrhundert vielleicht neue Produktions- und Lebensweisen. Wobei das Stichwort «solar» nicht nur für Energie im engeren Sinne steht, sondern überhaupt für erneuerbare Roh- und Betriebsstoffe,

für Nachhaltigkeit. Und «Internet» meint natürlich auch mehr als eine globale Kommunikation in Echtzeit via E-Mail oder SMS. Längst macht ein neues Schlagwort Furore: «Produktion 4.0» bzw. «Industrie 4.0». Vom «Internet der Dinge» ist die Rede, vom Energienetz, vom Kommunikationsnetz, vom Infrastrukturnetz mit weit- und tief greifenden gesellschaftlichen Folgen. Eine will ich hier nur andeuten: Wenn Werkzeuge mit Werkstücken kommunizieren, die Maschine mit ihren Produkten, werden immer weniger Menschen dafür gebraucht. Selbst gut ausgebildeten Fachleuten droht ein Abstieg ins Prekariat, ungesichert und massenhaft. Das ist eine soziale Gefahr. Man kann sie wegreden und manche Linke tun das, aber man sollte es nicht. Die soziale Chance dieser Entwicklung wiederum hatte bereits Karl Marx als «Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit» beschrieben.¹⁰

Jüngst las ich einen Vergleich, den ich spannend fand. Zu Zeiten der Sklaverei lebte das besitzende Bürgertum komfortabel davon, dass Sklaven für sie arbeiten mussten. Das war schlimm. Wäre es nicht

10 Engels, Friedrich: Anti-Dühring, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Bd. 20, 10. Aufl., Berlin 1990, S. 264.

gut, wenn nun digitale Automaten die neuen Sklaven wären, die weltweit allen Bürgerinnen und Bürgern Lasten abnehmen und Freiheiten ermöglichen?

Eine Frage, die ich einfach stehen lasse. Womit allerdings auch die Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen neue Nahrung erhalten dürfte. Ich befürworte es. Denn von einem bedingungslosen emanzipatorischen Grundeinkommen erwarte ich vor allem zweierlei: weniger Zwänge, mehr Freiheit. Ergo: Eine Linke im 21. Jahrhundert muss die Chancen ergreifen, darf nicht nur die Gefahren geißeln. Sonst verpasst sie den Zug der Zeit.

DIGITA- LES UND DEMO- KRATIE

Sie darf aber auch Gefahren, die der Digitalisierung innewohnen, nicht blauäugig übersehen. 1983 hat das Bundesverfassungsgericht unter dem Stichwort «Volkszählungsurteil» weitreichend geurteilt und den Datenschutz zu einem Grundrecht erhoben. Ohne den Schutz persönlicher Daten gibt es keine Selbstbestimmung und ohne selbstbestimmte, souveräne Bürgerinnen und Bürger kann es keine Demo-

kratie geben, so sinngemäß die Kurzfassung. Seit-her wurde dieses Urteil mehrfach erhärtet und auch durch die Europäische Union bekräftigt. Und nun das: Fünf milliardenschwere Digitalmonopole leben davon, das Recht auf Datenschutz zu brechen. Wenn vom Silicon Valley die Rede ist, dann von den größten Konzernen wie Apple, Google, Facebook und andere. Ihr Börsenwert übersteigt inzwischen alles bislang Bekannte. Sie sind keine Heilsbringer, auch wenn sie so daherkommen, sondern nahezu weltumspannende und zunehmend weltbeherrschende kapitale Monopole. Ihr Primärgeschäft sind Daten, allemal persönliche. Sie saugen sie an, vergleichen, verknüpfen und bewerten sie. Sie machen Menschen durchschaubar und manipulierbar. Sie untergraben Persönlichkeitsrechte und die Demokratie. Und sie können das nahezu unbehelligt tun. Mehr noch: Wir alle helfen ihnen emsig dabei, indem wir Google und Facebook nutzen oder twittern. Ich tue es auch.

Über dies alles gibt es kaum gesellschaftliche Debatten. Auch die Politik pennt den rasanten Entwicklungen hinterher. Das fanden auch die Autorinnen und Autoren eines Diskussionsangebots vom Herbst 2016. Es trägt den Titel: «Charta der digitalen Grund-

rechte der Europäischen Union» und wurde 2018 aktualisiert.¹¹ Zu ihnen gehören, um nur drei zu nennen, Yvonne Hofstetter (IT-Unternehmerin und Autorin), Sascha Lobo (Digitalkenner) und Juli Zeh (Schriftstellerin). Die Charta folgt der Frage, wie Bürger- und Menschenrechte, wie Freiheit und Demokratie auch in Zeiten fortschreitender Digitalisierung rechtlich und politisch gesichert werden könnten. Ich empfehle diese Charta der digitalen Grundrechte sehr. Und es versteht sich von selbst, dass Linke im 21. Jahrhundert nicht an ihr vorbeikommen. Im Gegenteil, es drängt.

Und gern gebe ich für das weitere Nachdenken eine Preisfrage mit, auf die auch ich bislang keine Antwort habe: Was könnte der Rat von Wolfgang Fritz Haug mit Blick auf das Internet und die Digitalmonopole bedeuten: «Links ist alles Handeln, das Welt aus dem Reich des Privateigentums zurückgewinnt, ohne sie dem Reich des Staatsapparats auszuliefern»? Und dabei habe ich eine viel weiter gehende Frage noch gar nicht aufgeworfen. Was wird eigentlich, wenn künstliche Intelligenz nicht nur punktuell, son-

¹¹ Charta der digitalen Grundrechte der Europäischen Union, 2018, unter: <https://digitalcharta.eu/hintergrund/>.

dem prinzipiell intelligenter sein wird als menschliche? Ich rede von demnächst. Der Deutsche Ethikrat bot dazu im Juni 2018 eine international hochkarätig besetzte¹² Jahrestagung an.¹³ Dabei ging es auch um die Frage, welchen Einfluss technologische Entwicklungen auf die Menschenwürde haben (oder haben könnten). Zum Beispiel durch Eingriffe in das Gehirn, in das Genom oder durch Eingriffe mit künstlicher Intelligenz.

12 Hochkarätig besetzt auch, weil zu den internationalen Referenten unter anderem Yuval Noah Harari (Hebräische Universität Jerusalem) gehörte. Ich empfehle sein Buch «Homo Deus. Eine Geschichte von morgen» (München 2017) mit der Frage: Ist die Menschheit bald am Ende – oder braucht es eine neue humane Erzählung? **13** Jahrestagung des Deutschen Ethikrates: Des Menschen Würde in unserer Hand – Herausforderungen durch neue Technologien, Berlin 2018, unter: www.ethikrat.org/jahrestagungen/des-menschen-wuerde-in-unserer-hand-herausforderungen-durch-neue-technologien/.

**REVO-
LUTION,
REFOR-
MATION,
TRANS-
FORMA-
TION —**

Nun wird zuweilen unter Linken gestritten, welcher politische Kurs zu einer besseren Gesellschaft überhaupt erfolgreich sein könnte. Die einen halten eine sozialistische Revolution für unumgänglich. Nach ihr würde «die Sonn ohn' Unterlass» scheinen, glauben sie. Andere bevorzugen den irdischen Weg tief greifender, also radikaler Reformen, ohne eingebaute Schönwettergarantie. Der Ökonom Dieter Klein hält diesen Streit für brotlos. Ich auch. Er plädiert für eine doppelte gesellschaftliche Transformation: eine Transformation im Kapitalismus und eine zweite darüber hinaus.¹⁴ Wie das gehen könnte, beschreibt er mit vier Leitideen, mit «vier U». Damit meint er:

1. U: «gerechte Umverteilung von Lebenschancen und Macht». Dass Lebenschancen und Macht ungleich verteilt sind, ist offenbar.

2. U: «sozial-ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft», denn beide sind bislang weder sozial, noch ökologisch ambitioniert.

14 Vgl. Klein, Dieter: Doppelte Transformation. Eine Konsultation Ernst Blochs, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation 7/2018, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Online-Publikation/07-18_Online-Publ_doppelteTransformation.pdf.

3. U: «demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft». Auch hier gilt, mehr Mitbestimmung und Transparenz sind überfällig.

4. U: umfassende Friedenspolitik und internationale Solidarität; Friede gedeiht diesseits der Militärlogik. Davon sind wir weit entfernt.

Alle vier «U» bedingen einander und gelten Dieter Klein als Gütesiegel für radikale Transformationen im Kapitalismus und darüber hinaus.¹⁵ Seine Überlegungen haben mit dem gescheiterten Sozialismus sowjetischer Prägung nichts zu tun. Sie sind ein Plädoyer für mehr Demokratie, für verbrieft Bürgerrechte und tatsächliche Freiheit.

15 Wer sich dafür interessiert, dem empfehle ich sein Buch: Dieter Klein: Das Morgen tanzt im Heute, Hamburg 2013.

ALTER- NATIVE VISION- NEN —

Als Helmut Schmidt noch Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war, da meinte er: «Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen!» Ich finde: Linke brauchen Visionen, wir alle brauchen sie, nicht Halluzinationen, sondern Vorstellungen von einer besseren Welt. Und manche Vorhaben drängen zur Eile. Nicht, weil Pessimisten das behaupten, sondern weil die Zeit abläuft. Damit meine ich den sozial-ökologischen Umbau

der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft. Ein Jahrhundertwerk, für das bestenfalls noch Jahrzehnte bleiben. Die Klimakatastrophe ist keine Erfindung von Ökospinnern, sie droht wirklich. Und dass uns demnächst Grundlagen unseres Lebens wie Kohle und Öl ausgehen, liegt auf der Hand. Auch Land und Wasser lassen sich nicht künstlich ausdehnen und vermehren. Im Gegenteil: Wir töten Wälder und Leben.

Es kann in einer endlichen Welt einfach kein unendliches Wachstum geben, das auf Ausbeutung dieser endlichen Welt basiert. Aber seit zwei Jahrhunderten beruht Entwicklung stets auf zwei Prämissen: ständiges Wachstum und zunehmender Naturverbrauch. Beide haben sich alsbald erledigt. Sie schaffen heute schon mehr Unheil als Nutzen.

Wir brauchen folglich eine neue Entwicklungslogik. Der viel gepriesene Markt, der angeblich alles regelt, folgt der alten Logik. Also sind eine neue Politik gefragt, die Gesellschaft, wir alle. Zu den Schimpfwörtern, die den Untergang des Staatssozialismus nachhaltig diffamieren sollen, gehört «Planwirtschaft». So, als würde nicht jeder weltumspannende Konzern einem Plan folgen. Umso mehr braucht der sozial-ökologische Umbau einen großen Plan. Und es

gibt sie: interessante, respektable und hoffentlich auch praktikable Ideen. Deshalb ist immer Skepsis geboten, wenn eine bestimmte Politik als alternativlos gepriesen wird. Das war ein Grundübel des Sozialismus sowjetischer Prägung. Zugleich wurde «alternativlos» 2010 politisch mahrend in der Bundesrepublik Deutschland zum «Unwort des Jahres» gewählt. Zu Recht!

MEIN FAZIT

— Politisch links als Alternative und Herausforderung hat sich mit dem Zusammenbruch des Sozialismus sowjetischer Prägung nicht erledigt.

— Über die Ursachen des Versagens ist zu reden, wieder und wieder, aber nach vorn gerichtet, um nicht Fehler zu wiederholen oder Chancen zu verpassen.

— Es gibt technologische Revolutionen. Sie haben das Potenzial für gesellschaftliche Entwicklungen, über den Kapitalismus hinaus.

— Automatismen indes hat es nie gegeben. Es bedarf immer politischer Kämpfe für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte.

— Keine der wirklich großen Herausforderungen wie Solarrevolution oder Digitalisierung ist national zu meistern, sondern nur international und global.

— Schließlich: Ob Jesus lebt? Ich wünsche es vielen. Ob Marx' Ideen bestehen? Davon bin ich überzeugt, nicht als Dogmen, sondern als Denksport.

Petra Pau ist geborene Berliner, Jahrgang 1963. Sie war Mitglied der SED und trat 1990 der Partei des Demokratischen Sozialismus bei. In der PDS war sie zehn Jahre lang Berliner Landesvorsitzende und um die Jahrtausendwende stellvertretende Bundesvorsitzende. 1990 wurde sie in die Bezirksverordnetenversammlung Hellersdorf und 1995 ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Seit 1998 erlangte sie sechs Mal ein Direktmandat für den Deutschen Bundestag, dessen Vizepräsidentin sie seit 2006 ist. Als Innenpolitikerin sind ihre Pro-Themen Bürgerrechte und Demokratie, ihre Kontra-Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Seit einigen Jahren plädiert Petra Pau für eine neue strategische und programmatische Debatte der Partei DIE LINKE.



IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

2. Auflage

V.i.S.d.P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN 978-3-948250-02-7 · Redaktionsschluss: Juni 2019

Redaktion: Alrun Kaune-Nüßlein

Foto: TRIALON

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH

Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

«Die soziale Revolution [...] kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft.»

Karl Marx



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**